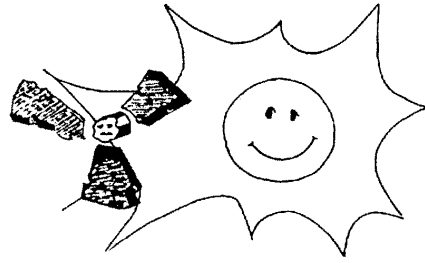


Atomkraftfreie Zukunft



P.b.b.

4/2018 Dezember

Pfusch, Schlamperei und Blindheit auf beiden Augen: Mochovce 3 vor der Fertigstellung!

Jetzt wird es ernst: Im zweiten Quartal 2019 soll Block 3 des AKW Mochovce ans Netz gehen.

Es ist schon eine Zeitlang her, dass wir von der Wiener Plattform Atomkraftfrei das AKW Mochovce zum Hauptthema unserer Kundgebungen gemacht haben; viele andere atomkraftrelevante Themen haben unsere Aufmerksamkeit beansprucht.

Wir stehen offensichtlich kurz vor der Inbetriebnahme des „neuen“ Block 3; „neu“ deswegen, weil der Bau der geplanten vier Reaktoren schon 1983 resp. 1985 begonnen wurde und dann infolge der politischen Veränderungen nach 1989 gestoppt werden musste. Nach Neuorganisation der Situation wurden die Blöcke 1 und 2 fertiggestellt und 1998 resp. 1999 in Betrieb genommen; die Blöcke 3 und 4 ließ man, zu ca. 70% fertiggestellt, ruhen, schon geliefertes Material (auch Anlagenteile) lagerte man auf der Baustelle. Nach fast 20 Jahren Baustopp ging man 2007 daran, diese beiden Blöcke fertigzubauen. Leider ist daran auch eine Tochterfirma des österreichischen Bauunternehmens STRABAG beteiligt.

Global 2000 hat sich die Mühe gemacht, die offiziellen Dokumente zur Inbetriebnahme durchzuarbeiten, und ist

auf erschreckende Tatbestände gestoßen:

- Die UVP stammt aus dem Jahr 2008, also vor Fukushima und den Stresstests; daher ist alles, was sich seither im Bereich von Sicherheitsanforderungen getan hat, nicht berücksichtigt.
- Das Kühlwasser soll dem nahegelegenen Stausee entnommen werden: Aber im heurigen Jahr mussten bereits einige europäische AKWs vom Netz genommen werden, weil das Kühlwasser zu warm war!
- Außerdem erhebt ein ehemaliger Mitarbeiter schwere Vorwürfe gegen die Erbauerfirmen: Sensible Arbeiten würden von nicht ausgebildeten Arbeitern durchgeführt; die Verantwortlichen wüssten davon, ihnen wäre aber am allerwichtigsten, dass der Reaktor so schnell wie möglich fertiggestellt werde.

Soeben erreicht uns die Nachricht, dass ein geleakter Bericht der Pro-Atomvereinigung WANO dem Reaktor 3 in Mochovce ein vernichtendes Zeugnis ausstellt: Von Rost, Schmutz, ungeeigneten Materialien und unsachgemäß durchgeführten Arbeiten an sensiblen Stellen ist die Rede und davon, dass von den dringend erforderlichen Verbesserungsarbeiten viele aufgrund der veralteten



Eine unserer Aktivistinnen hat in Tirol dieses bemerkenswerte Gipfelkreuz gefunden und fotografiert. Es trägt die Inschrift „Großer Gott so schön / hast du gemacht / unser geliebtes kleines Land / schütz es vor Hagel, Mur, Atom und Brand“ Foto: WPA

Bauweise gar nicht durchführbar sind ... gespenstisch!

Die Forderung der Wiener Plattform Atomkraftfrei: Das Inbetriebnahmeverfahren muss gestoppt werden! Es muss eine neue UVP mit den aktuellen Standards durchgeführt werden!

Falls der Reaktor wie geplant fertiggestellt wird und ans Netz geht, tickt in unserer Nachbarschaft eine Zeitbombe!

Bitte unterschreiben Sie online auf unserer Webseite: www.atomkraftfreiezukunft.at.

ÖSTERREICH atomkraftfrei - nun auch EUROPA!

... stand am Transparent der WPA geschrieben



Bei strahlend schönem Wetter am Wiener Michaelerplatz konnten sich die AktivistInnen der Wiener Plattform Atomkraftfrei wieder davon überzeugen, dass die österreichische Bevölkerung sich keine „strahlende“ Zukunft wünscht. Die BürgerInnen sind sich der Bedrohung durch die Atomkraftwerke an Österreichs Grenzen bewusst: durch alte und gefährliche AKWs, wie Temelin und Dukovany (CZ), Bohunice und Mochovce (Sk), Paks (H), Krsko (Slo), Gösgen, Beznau, Leibstadt und Mühleberg (CH), Gundremmingen und Isar (D). 800 Passantinnen und Passanten unterstützten unser Anliegen mit ihrer Unterschrift.

Foto: Wiener Plattform Atomkraftfrei

Einladung zur Jahreshauptversammlung

Die „Wiener Plattform Atomkraftfrei“ lädt alle Förderinnen und Förderer zur Jahreshauptversammlung am Freitag, den 11. 1. 2019 um 15 Uhr ins Amerlinghaus, 1070 Wien, Stiftgasse 8, ein. Die Tagesordnung wird rechtzeitig auf unserer Website www.atomkraftfreizukunft.at einsehbar sein.

Der Hut brennt, Frau Ministerin!

Davon sind auch weitere 3000 ÖsterreicherInnen und Österreicher überzeugt, deren Unterschriften wir am 16.11.2018 Umweltministerin Elisabeth Köstinger überreicht haben.

Bei diesem Termin versuchten wir eine breite Themenpalette aufzuarbeiten, obwohl sich die Frau Ministerin leider nur eine halbe Stunde Zeit für uns nahm: Punkto geplanter Inbetriebnahme von Mochovce 3+4 im ersten Halbjahr 2019 ist Feuer am Dach – das darf einfach nicht geschehen angesichts der eklatanten Sicherheitsmängel, die bei der Fertigstellung der Reaktorblöcke zu Tage getreten sind. Diese Mängel sind umfassend im Bericht der WANO, der Vereinigung der Betreiber von Nuklearanlagen, dokumentiert: <https://www.global2000.at/news/akw-mochovce-geleakter-bericht-enthuell-t-sicherheitsmaengel>.

Wir betonten die Wichtigkeit eines Briefes an ihren slowakischen Amtskollegen in dieser Angelegenheit und waren befremdet zu hören, dass sie den Brief nicht schickt, weil sie den Instanzenweg einhalten müsse.

Weiters forderten wir wieder einmal UVPs für Laufzeitverlängerungen der



Foto: Wiener Plattform Atomkraftfrei

alten AKWs an unseren Grenzen sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit den UmweltministerInnen in unseren Nachbarstaaten. Wir erkundigten uns auch nach dem Voranschreiten unseres eigenen Nationalen Entsorgungsprogramms (NEP), bei dem wir bereits seit Jahren säumig sind, und erfuhren, dass Zusammensetzung und Arbeitsbeginn der geplanten Arbeitsgruppe noch gar nicht feststehen. **Und noch eine wesentliche Frage bleibt offen: Was ist im Zuge der Ratspräsidentschaft Österreichs tatsächlich passiert, das uns einem Europa ohne Atomgefahren näherbringt, wie von der Bundesregierung versprochen?**

Unser Fazit: Das reicht nicht für eine Umweltministerin, deren Aufgabe es ist, die österreichische Bevölkerung zu schützen und die im Regierungsprogramm verankerte (!) Antiatom-Politik umzusetzen.

Spendenprojekt „Tschernobylkinder“



Julia Drumel von Global 2000 ist gerade aus der Ukraine zurückgekommen und bittet uns um finanzielle Hilfe für Egor Schevtschenko, einem Schüler der 5. Klasse in der Stadt Rubezhnoe, der auf Spenden angewiesen ist.

Egor ist ein Waisenkind und lebt bei seiner Großmutter, die nur eine kleine Rente bezieht. Sie kümmert sich um ihn und versucht, ihm das Beste zu ermöglichen. Egor benötigt eine Operation, die 830 Euro kostet. Sie schreibt:

Sehr geehrte österreichische Freunde! Meinem Enkelsohn wurde im Jahr 2016 das Fibrom auf dem rechten Augenlid teilweise entfernt.

Nur leider zeigten alle weiteren Untersuchungen, dass die Operation keinen Erfolg hatte, das Fibrom wuchs wieder. Im Juni 2018 zeigte das MRT, dass sich das Fibrom zumindest nicht mehr vergrößert hat.

Bei einer Beratung in einem Medizinzentrum in Kiev wurde uns eine operative Behandlung des Lidvorfalls mit Methoden der plastischen Chirurgie empfohlen. Diese OP würde 25000 Hr (830 Euro) kosten, diese Summe ist für uns viel zu groß,

das können wir uns nicht leisten. Andere Kinder fragen Egor oft, was mit seinem Auge sei, und manche verspotten ihn deswegen. Er zieht sich zurück und ist unglücklich... Bitte helfen Sie uns, diese OP möglich zu machen, damit mein Enkelsohn wieder gesund und glücklich wird! Mit Hochachtung, Großmutter von Egor, Tamara Michajlovna

Bitte unterstützen Sie dieses Projekt mit Ihrem Beitrag und ermöglichen Sie Egor die Operation, die er benötigt!

Spendenkonto: BAWAG PSK, IBAN AT20 6000 0000 9302 2985, Kennwort „Tschernobylkinder“

Die Wiener Plattform Atomkraftfrei forderte

am 5. 10. Außenministerin Kneissl in einer lautstarken Kundgebung auf, den Ratsvorsitz zu nutzen, um Antiatom-Politik auf EU-Ebene zu thematisieren, Allianzen zu initiieren und Weichen für den europaweiten Atomausstieg zu stellen. „Frau Ministerin, schreiten Sie zur Tat im EU-Ministerrat!“, skandierten die AktivistInnen vor dem Außenministerium. Immerhin hatten Regierungsmitglieder in verschiedenen Gesprächen mit der Wiener Plattform Atomkraftfrei betont, dass die Antiatom-Politik ein vorrangiges Thema der österreichischen Ratspräsidentschaft darstellen werde.



Foto: Wiener Plattform Atomkraftfrei

Aufruf zur Mitarbeit

Schon mit zwei Stunden pro Monat wäre uns sehr geholfen!

Du tust es für Dich! Wir tun es für uns alle! Nur dagegen sein ändert leider nichts! Handeln ist gefragt!

Wenn Sie unseren Newsletter lesen wollen, bitten wir : Sie, uns Ihre E-Mail-Adresse bekanntzugeben

atomkraftfreiezukunft@gmx.at

Geschätzte Leserin, lieber Leser,

Sie bekommen unsere Zeitung viermal kostenlos zugeschickt; dann hoffen wir, dass sie Ihnen so gut gefällt, dass Sie uns € 15.- überweisen, dann können wir sie Ihnen ein Jahr lang zuschicken! BAWAG PSK, IBAN AT20 6000 0000 9302 2985.

Besuchen Sie uns auf unserer Website: www.atomkraftfreiezukunft.at

Text aus Elie Wiesels Nobelpreisrede (rumänisch-US-amerikanischer Schriftsteller, Hochschullehrer, Publizist und Friedensnobelpreisträger):

„Die Menschheit braucht den Frieden mehr denn je, weil unser ganzer Planet durch einen nuklearen Krieg von der totalen Vernichtung bedroht ist. **Einer Vernichtung, die nur der Mensch verursachen kann, kann auch nur der Mensch vorbeugen.**“

In diesem Sinne wünschen wir allen unseren Leserinnen und Lesern friedvolle, frohe Weihnachten und ein gutes Jahr 2019, das uns hoffnungsvoll und mit neuem Schwung in die Zukunft trägt!

Die Vervielfältigung und der Versand dieser Zeitungsausgabe werden unterstützt von der Wiener Umwelthanwaltschaft.

Treffen des Österreichischen Netzwerks Atomkraftfrei (ÖNA) in Linz, 20. 10. 2018

Die wichtigsten Themen der heurigen Sitzung waren:

Die für 2019 geplante Inbetriebnahme der unsicheren Reaktoren 3 und 4 des AKWs Mochovce darf nicht ohne neuerliche Sicherheitskontrolle (UVP) stattfinden.

Der 61 Jahre alte EURATOM-Vertrag muss aufgelöst werden. Eine Regierungskonferenz der EU-Staaten könnte es bewerkstelligen. (Eher unwahrscheinlich, weil Einstimmigkeit erforderlich ist)

Endlagersuche in Tschechien: Grenzüberschreitende Veranstaltungen unterstützen den kritischen Diskurs mit tschechischen Gemeinden und Bürgermeistern.

Ein Antrag (Petition) auf ordnungsgemäße Haftpflichtversicherung für AKWs wird im Europäischen Parlament weiter verfolgt.

Atomstrom darf nicht über Zertifikatehandel „grüngewaschen“ werden. Der Stromanbietercheck von Global2000 und Greenpeace weist die wahren Ökostrom-Produzenten aus.

Erneuerbare Energieträger fördern und bis 2030 verdoppeln! Öffentliche Gebäude sollen beispielhaft erneuerbare Energieträger einsetzen.

Offene Fragen zum österreichischen Nationalen Endlagerprogramm (NEP) werden weiter diskutiert.

Radioaktivität im Alltag - ein gefährliches und wenig bekanntes Thema

Kurz und wichtig

Das neue Standortentwicklungsgesetz,

wie es von der österreichischen Regierung geplant ist, würde heute z. B. ein Atomkraftwerk in Zwentendorf ermöglichen. **Geht es nach den Wünschen der österreichischen Regierung, sollen auch die größten Bauvorhaben Österreichs in Zukunft per gesetzlichem Automatismus genehmigt werden können, selbst wenn das zugehörige Umweltverträglichkeits-Prüfungsverfahren (UVP) noch nicht abgeschlossen ist, indem sie als besonders standortrelevant bewertet werden.**

Leonore Gewessler, Geschäftsführerin von GLOBAL 2000, bezeichnet „einen Genehmigungsautomatismus per Fristablauf als Angriff auf rechtsstaatliche Verfahren, als verfassungs- und europarechtswidrig. Rechtsstreitigkeiten über Projekte nach diesem Gesetz sind vorprogrammiert, weil AnrainerInnen und Umweltinteressen ohne vollständige Verfahren nicht mehr ausreichend geschützt werden können. Dass die Bundesregierung den Vorschlag trotz Kritik und eklatanter Mängel durchpeitschen will, zeigt, dass es ihr offenbar nicht um die beste Lösung zur Verfahrensbeschleunigung geht, sondern um die einseitige Bevorzugung von Interessen von Großinvestoren. **Gute Projektanträge, starke Behörden und mit genügend Ressourcen ausgestattete Gerichte sind die Antwort, um Verfahren zu beschleunigen – nicht die Entmündigung der UVP-Behörden.**“ (Quelle: GLOBAL 2000, Presseaussendung vom 4. 7. 2018)

Bulgarische Antiatom-AktivistInnen brauchen unsere Unterstützung

Offenbar soll das unselige Projekt AKW Belene reaktiviert werden, nachdem schon beschlossen war, es nicht zu verwirklichen. Unsere MitstreiterInnen haben als Auftakt zu einer großen Kampagne eine Petition gestartet: https://www.tilt.green/belene_nuclear; bitte unterzeichnen! Nähere Infos: <http://www.donauregion-atomkraftfrei.at/>

Japan will eine Million Tonnen radioaktiv verseuchtes Wasser in den Pazifik kippen

Unsere Quelle zitiert einen Bericht des Londoner Telegraph, laut dem mehr als eine Million Tonnen radioaktiv belastetes Wasser aus dem havarierten AKW Dai-ichi in Fukushima in den Pazifik geleert werden soll, weil der Lagerplatz für verseuchtes Wasser knapp wird. (<https://www.commondreams.org/news/2018/10/18/local-fury-and-health-concerns-japan-plans-dump-million-tons-radioactive-fukushima>)

Thema aktuell



Mag.ª Hanna
Nekowitsch,
Sprecherin der
„Wiener
Plattform
Atomkraftfrei“

Harte Zeiten für den Umweltschutz

Redaktion: Große Aufregung herrscht in NGO-Kreisen derzeit wegen der Novelle zum Umweltverträglichkeitsprüfungs-gesetz. Was sind die Kritikpunkte?

Hanna: Wir kritisieren daran, dass mit dieser Novelle die Mitspracherechte kleiner NGOs massiv eingeschränkt werden. Wenn nur noch Organisationen mit mindestens 100 Mitgliedern Parteienstellung in UVP-Verfahren erhalten sollen, ist das mehr als fragwürdig. Auch kleinere Gruppen vertreten die Interessen der Bevölkerung, die Anzahl der Mitglieder sagt nichts über die Wichtigkeit der Arbeit aus!

Red.: Die Offenlegung der Mitglieder mit Namen und Adressen, die im ersten Entwurf noch enthalten war, wurde zurückgenommen. Entschärft das die Novelle nicht?

H.: Ganz und gar nicht. Diese Änderung wird als Entgegenkommen bezeichnet, allerdings haben Juristen deutlich darauf hingewiesen, dass die geplante Offenlegung der Daten ohnehin europarechtswidrig ist und gar nicht durchgegangen wäre. Die Daten kommen jetzt nicht in die Hände der Behörden. Damit wird aber trotzdem Druck erzeugt, und für die NGOs bedeutet das einen erheblichen Mehraufwand; **alles in allem stellt diese Maßnahme eine unnötige Schikane dar.**

Red.: Weht ein rauerer Wind für NGOs?

H.: Wenn solche Maßnahmen gesetzt werden und man hört dann aus dem Ministerium, die Mitwirkungsrechte von Umweltorganisationen in Umweltverfahren seien damit deutlich gestärkt worden, dann kann man sich trotz gegenteiliger Beteuerungen nicht ernst genommen fühlen. Was aber noch schwerer wiegt, ist, **dass für den Umweltschutz ein rauerer Wind weht.**

Red.: Inwiefern ist das so?

H.: Wirtschaftsinteressen werden vor Umweltinteressen gestellt, etwa mit dem Standortentwicklungsgesetz. **Unsere Regierung muss endlich ihrer Verantwortung nachkommen und gegen die nukleare Bedrohung an Österreichs Grenzen etwas tun! Profite können uns nicht für eine kaputte Umwelt entschädigen, das muss doch gerade jenen klar sein, denen Kinder und junge Menschen ein Anliegen sind!**